

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 6 · 19. Juni 2018

Aktuelle Stunde

Eine Kommission auf Bundesebene soll über die Zukunft der Kohleverstromung beraten. In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über die Bedeutung der Arbeit für das Energieland NRW. S. 3

Jugend und Politik

Ende Juni findet wieder der Jugend-Landtag statt. Was denken Jugendliche über Politik? Welche Themen bewegen sie? Darüber u. a. sprach Landtag Intern mit einer Wissenschaftlerin. S. 10-11

Kunst im Landtag

Das Landtagsgebäude am Rhein wird im Herbst 30 Jahre alt. In der Serie zum Geburtstag blickt Landtag Intern diesmal auf die Kunst im Parlamentsgebäude – von Kriwet bis Uecker. S. 16-17

Medien und Demokratie

Um „Medien und Demokratie“ ging es im zweiten Parlamentsgespräch, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, eingeladen hatte. Es diskutierten u. a. Dunja Hayali und Ulrich Wickert. S. 18



Mehr Geld für die Kultur

RANG LINKS

PARKETT LINKS

AUFZUG

AUSGANG



INHALT



Musik, Theater und das liebe Geld

Die Kulturförderung stand im Mittelpunkt einer Sachverständigenanhörung S. 7
Standpunkte S. 8

Aus dem Plenum

Kohle, Strom und Zukunft..... S. 3
Meldungen..... S. 4

Gesetzgebung S. 6

Forum

Früh übt sich S. 10

Aus den Fraktionen S. 12

Aus den Ausschüssen

Meldungen S. 14
Polizeigesetz im Fokus S. 15

Forum

Kunst im politischen Raum S. 16

„Wahrheit braucht Zeit“ S. 18

Im Porträt

Markus Wagner (AfD) S. 19

Kurz notiert S. 20

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 15. Juni 2018, 12 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Kohle, Strom und Zukunft

Landtag diskutiert in Aktueller Stunde über Energiepolitik

13. Juni 2018 – Die auf Bundesebene geplante Kommission zur Zukunft der Kohleverstromung stand im Mittelpunkt einer Plenardebatte. Dabei ging es auch um den Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Braunkohle. Der Debatte lag ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zugrunde.

Der Titel des Antrags lautet „Zukunft der Kohleverstromung ökonomisch und sozial verantwortbar gestalten – Kommission ‚Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung‘ muss Interessen des Industrie- und Energielandes Nordrhein-Westfalen im Blick haben“ (17/2800). In ihrem Antrag betonen die Fraktionen, dass nach Angaben der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in NRW etwa 50.000 Beschäftigte im Zusammenhang mit der Kohleverstromung tätig seien. Die Arbeit der Kommission, deren Einsetzung das Bundeskabinett am 6. Juni 2018 beschlossen hatte, sei „von vitalem Interesse für das Industrie- und Energieland Nordrhein-Westfalen“.

CDU-Fraktionsvorsitzender **Bodo Löttgen** sagte, die Kommission müsse Herausforderungen etwa der wirtschaftlichen Entwicklung, des Strukturwandels und des Klimaschutzes in den Blick nehmen. Zudem solle die Kommission einen Plan „zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung“ vorlegen, sagte Löttgen. Das Ende des Braunkohleabbaus sei in NRW für 2045 vorgesehen. Änderten sich technologische Möglichkeiten, könne es „unter Abwägung der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte auch gelingen, bezahlbare Versorgungssicherheit mit einem früheren Abbauende zu verbinden“.

Die Kommission sei „keine Kohleausstiegskommission“, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Christof Rasche**. „Das Ziel der Kommission muss sein, sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung zu sichern; ein zu früher Ausstieg aus der Koh-

leverstromung widerspricht diesem Ziel.“ Dabei dürften auch Entwicklungen in anderen Industriestaaten nicht ignoriert werden. „Manche setzen auf Kohle-, manche setzen auf Atomstrom, eine ganze Reihe von Industriestaaten setzt sogar auf beide Energieträger. Kein einziger großer Industriestaat kommt auf die Idee, heute oder morgen beide Energieträger abzuschalten.“

„Verantwortung für Menschen“

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** bot den regierungstragenden Fraktionen Unterstützung an – vorausgesetzt, sie hätten einen „erkennbaren Kurs in der Energiepolitik dieses Landes“. Dies sei aber nicht der Fall. Er warf der Landesregierung „völlige Konzeptlosigkeit“ vor. Dies gelte auch für den Zeitpunkt des Kohleausstiegs: „Der Energiesektor ist kein Freibad, das man abhängig von der politischen Wetterlage öffnen oder schließen kann.“ Die Landesregierung müsse eine „begründete Position“ entwickeln und selbst Verantwortung für die Menschen im rheinischen Revier übernehmen. Niemand dürfe „ins Bergfreie fallen“.

Wibke Brems (Grüne) sprach von „scheinheiligen Bekenntnissen zum Klimaschutz“ und einer Verklärung des Bergbaus. Dies mache sie wütend. Alle wollten weitermachen wie bisher – nach dem Motto: „Et hätt noch emmer joot jejang.“ Beim Klimaschutz funktioniere das aber nicht mehr. Deutschland verweigere sich wirksamen Maßnahmen „aus Angst vor der Industrie- und Kohlelobby“. Die Treibhausgas-

Emission in Deutschland stagniere seit Jahren, der Ausbau erneuerbarer Energien werde gebremst. Brems forderte einen Kohleausstieg vor dem Jahr 2045. Dies wünsche auch die Mehrheit der Deutschen.

„Eine günstige Energieversorgung ist eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum in der gesamten Welt“, sagte **Christian Loose** (AfD). Der „Tod der Kohleverstromung“ sei bereits beschlossen, kritisierte er. Dabei gebe es technische Fortschritte, z. B. durch einen erhöhten Wirkungsgrad der Kraftwerke, die heute weniger Kohle verbrauchten. Es seien über hundert Gigawatt Leistung aus Wind- und Solarkraftwerken in den Markt gedrückt und dadurch konventionelle Kraftwerke herausgedrängt worden. Er warnte, dass die Industrie aufgrund hoher Strompreise abwandere und sich das Investitionsklima verschlechtere.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) sagte, es gehe um mehr „als um eine „Kohleausstiegskommission“. Der Klimaschutz sei ein wichtiges Ziel mit klaren völkerrechtlichen Vereinbarungen. Aber die Versorgungssicherheit sei das „Rückgrat des Industrielandes Deutschland und Nordrhein-Westfalens“. NRW sei das „Land der energieintensiven Grundstoffindustrien“, diese brauchten zu jeder Sekunde verfügbaren Strom. Die Kommission müsse im Blick haben, Klimaziele trotz des Ausstiegs aus der Kernenergie zu erreichen, Versorgungssicherheit zu garantieren und die soziale Abfederung und den Strukturwandel der Region zu begleiten.

tob, zab, sam



Fotos: Schälte

Bodo Löttgen (CDU)

Christof Rasche (FDP)

Thomas Kutschaty (SPD)

Wibke Brems (Grüne)

Christian Loose (AfD)

Ministerpräsident
Armin Laschet (CDU)



Übergewicht und Fettleibigkeit

13.6.2018 – In Deutschland leiden rund 15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen im Alter von drei bis 17 Jahren an Übergewicht. Das geht aus dem Antrag „Die Adipositas-Prävalenz steigt – NRW muss die Schulen stärker unterstützen!“ ([17/2761](#)) der AfD-Fraktion hervor. Weltweit habe sich die Zahl fettleibiger Kinder und Jugendlicher seit 1975 vervierfacht, heißt es im Antrag. Die Europäische Union habe 2008 daher u. a. ein Schulobstprogramm beschlossen, für das die Mittel im Schuljahr 2017/18 auf 250 Millionen Euro erhöht worden seien. Fördergelder würden in Nordrhein-Westfalen aber häufig nicht abgerufen. Die Landesregierung solle daher das Bewerbungsverfahren für das EU-Schulprogramm vereinfachen. Zudem fordert die Fraktion, Maßnahmen zur Förderung von Schulsport sowie Gesundheitsprogramme auf den Weg zu bringen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung und Abstimmung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Untersuchungsausschuss

13.6.2018 – Der Landtag hat mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) eingesetzt. Die Fraktionen von CDU, FDP und AfD enthielten sich. Das Gremium soll laut Antrag ([17/2753](#)) Vorwürfe „möglicher Vertuschungen und wahrheitswidrigen Erklärungen der Landesregierung im Zusammenhang mit dem angeblichen Hacker-Angriff auf Frau Staatsministerin a.D. Christina Schulze Föcking“ prüfen. Zudem werde es sich mit Vorwürfen befassen, „ob durch falsche Information über die Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Parlament und Öffentlichkeit über die Schlagkraft bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität getäuscht wurde“. In einem Entschließungsantrag ([17/2829](#)) kritisierten die Fraktionen von CDU und FDP, der Antrag zur Einsetzung des PUA enthalte „falsch wiedergegebene Sachverhalte“ und „unzulässige Wertungen“. Der Ent-

schließungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen. Die Fraktionen von SPD und Grünen stimmten dagegen, die AfD enthielt sich.

Maritime Konferenz

13.6.2018 – Der Landtag hat sich mit einem Eilantrag der SPD-Fraktion („Herr Laschet muss liefern: Die nächste Maritime Konferenz gehört nach Duisburg“, [17/2802](#)) befasst. Für 2019 habe sich die Stadt Duisburg als Veranstaltungsort beworben. Es verdichteten sich jedoch Hinweise darauf, dass die Bundesregierung die Konferenz nach Friedrichshafen vergeben werde. Die Landesregierung solle sich daher „massiv“ dafür einsetzen, dass die Konferenz in Duisburg stattfinde. Die Landesregierung betonte, dass sie sich für Duisburg als Standort der Konferenz einsetze und weiter dafür werbe. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt. Die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD stimmten dafür.



Neue Ministerin

Der Präsident des Landtag, André Kuper, hat am 13. Juni 2018 die neue Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes, Ursula Heinen-Esser, vereidigt. Er gratulierte der CDU-Politikerin im Namen aller Abgeordneten und betonte: „Ich wünsche Ihnen eine glückliche und gute Hand zum Wohle der Menschen in Nordrhein-Westfalen.“ Die Diplom-Volkswirtin aus Köln war u. a. von 2009 bis 2013 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Foto: Schälte



Antisemitismusbeauftragter

14.6.2018 – Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen. Die Abgeordneten beschlossen einstimmig einen gemeinsamen Antrag (17/2749) der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen. Der Beauftragte soll u. a. präventive Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung koordinieren und Ansprechpartner für Opfer sein. Die Bekämpfung von Antisemitismus sei aus dem Grundverständnis vom friedlichen Zusammenleben der Religionen geboten und in der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Judentum und dem Staat Israel verwurzelt, heißt es in dem Antrag. Die Anzahl der antisemitischen Straftaten sei im vergangenen Jahr um 9 Prozent im Vergleich zu 2016 gestiegen. Zudem trete Antisemitismus in allen Bereichen der Gesellschaft zutage: Öffentliche Feste entfielen, jüdische Kinder würden in der Schule gemobbt und israelische Fahnen verbrannt.

Aachener Dieselurteil

14.6.2018 – Drohende Fahrverbote haben erneut den Landtag beschäftigt. Anlass der Aktuellen Stunde auf Antrag der Grünen-Fraktion war ein aktuelles Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen. Demnach könnten von Januar 2019 an in Aachen als bislang erster Stadt in NRW Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ausgesprochen werden. Laut Antrag der Grünen-Fraktion (17/2801) solle die Landesregierung darlegen, wie Fahrverbote zu vermeiden seien. **Arndt Klocke**, Fraktionschef der Grünen, forderte, die Landesregierung müsse sich für Hardware-Nachrüstungen bei manipulierten Pkw einsetzen. **Rainer Deppe** (CDU) wies darauf hin, Fahrverbote führten zu Umwegen und mehr Schadstoffausstoß. **André Stinka** (SPD) sagte, die Landesregierung müsse eine Antwort darauf geben, wie Dieselfahrverbote zu verhindern seien. **Bodo Middeldorf** (FDP) entgegnete, dass geeignete Instrumente bereits eingesetzt und getestet würden. **Dr. Christian Blex** (AfD) kritisierte, dass die Richter in Aachen einem „Ökopolitismus-Trend“ gefolgt seien.

Die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, **Ursula Heinen-Esser** (CDU), bemerkte, die Landesregierung setze sich für Luftreinhaltepläne ein, um Grenzwerte „schnellstmöglich“ einzuhalten.

Strategie gegen Salafismus

15.6.2018 – Die Fraktionen von CDU und FDP fordern in einem gemeinsamen Antrag (17/2750) eine „stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen“. Wichtig seien dabei Prävention und Repression. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) überwiesen. Wenn Religion mit dem Ziel missbraucht werde, „die Gesellschaft zu spalten und zu radikalisieren anstatt sie zu versöhnen, sind Staat und Gesellschaft aufgefordert, klare Grenzen und Konsequenzen aufzuzeigen und diese durchzusetzen“, schreiben die Fraktionen. Im Blick haben sie dabei auch salafistische Mütter. Sie seien geneigt, „ihre menschenverachtende Doktrin in den Köpfen ihrer Kinder zu verankern“.



Vereidigt

Der Landtag hat am 13. Juni 2018 mit Zweidrittelmehrheit vier Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs NRW sowie deren Stellvertreter gewählt. Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), nahm ihnen den Amtseid ab. Gewählt wurden auf Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb (Stellvertreter: Prof. Dr. Christian Hillgruber), Dr. Andreas Heusch (Prof. Dr. Klaus-Ferdinand Gärditz), Dr. Claudio Nedden-Boeger (Prof. Dr. Christoph Gusy) sowie Prof. Dr. Joachim Wieland (Prof. Dr. Gereon Wolters). Die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs und ihre Stellvertreter werden vom Landtag mit Zweidrittelmehrheit für die Dauer von zehn Jahren gewählt. Foto: Meyer

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes | [17/2659](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. Juni 2018 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatsferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) | [17/2759](#) | AfD | 1. Lesung am 13. Juni 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden | [17/2576](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/2575](#) | Landesregierung | Ausschuss für Digitalisierung und Innovation | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [17/2566](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen

Verwaltungsgerichtsbarkeit | [17/2394](#) | AfD | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/2351](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des bereichsspezifischen Datenschutzes im Bereich der Justiz (Justizdatenschutz-Anpassungsgesetz) | [17/2350](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes | [17/2113](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW) | [17/2166](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/2115](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes | [17/2122](#) | CDU und FDP | Rechtsausschuss | in Beratung

Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/1817](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahrrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz) | [17/1447](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes | [17/1414](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/1128](#) | AfD | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung



SCHWERPUNKT

Musik, Theater und das liebe Geld

Die Kulturförderung stand im Mittelpunkt einer Sachverständigenanhörung

7. Juni 2018 – Wie steht es um die finanzielle Situation der kommunalen Theater und Orchester in Nordrhein-Westfalen? Zu dieser Frage haben sich Sachverständige im Ausschuss für Kultur und Medien geäußert.

Hintergrund der Anhörung war ein Antrag der SPD-Fraktion („Theater- und Orchesterpakt erneuern – Landesregierung soll Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen sicherstellen“, [17/1992](#)). Die Landesregierung hatte zudem angekündigt, im Kulturhaushalt mehr Geld für die kommunalen Theater und Orchester bereitzustellen. Bis zum Jahr 2022 sollen die Mittel um 30 Millionen Euro erhöht werden. 20 Millionen Euro seien als Basisförderung vorgesehen, 10 Millionen als zusätzliche Förderung für besondere Vorhaben und Profilbildung.

Die angespannte finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden mache es „immer schwieriger, auskömmliche finanzielle Mittel“ zur Bewahrung der kommunalen Theater und Orchester sicherzustellen, so die SPD-Fraktion in ihrem Antrag. Mit ihrem „Theater- und Orchesterpakt“ habe die damalige rot-grüne Landesregierung deshalb im Jahr 2013 „ein Signal für den Erhalt der in den Kommunen vorhandenen Bühnen gesetzt“. Die Landesförderung sei von 14,5 auf 19 Millionen Euro jährlich erhöht worden. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen – etwa gestiegene Betriebskosten – reichten die Fördergelder aktuell nicht mehr aus. Der Pakt bedürfe einer Anpassung.

Nordrhein-Westfalen verfüge mit 26 Theaterunternehmen und 22 Konzertsorchestern über eine „vielfältige und in Europa einzigartige Theater- und Orchesterlandschaft“, so Klaus Hebborn vom Städtetag in einer Stellungnahme für den Ausschuss. 18 Theater seien unter

kommunaler Trägerschaft, ebenso 15 Orchester. Dass die Landesregierung die Förderung nun anheben wolle, sei zu begrüßen. Mit dieser Initiative werde auch „wesentlichen Forderungen des Antrags der SPD-Landtagsfraktion entsprochen“. Der Städtetag halte jedoch an seiner Forderung fest, den Landesanteil der Gesamtförderung mittelfristig auf 20 Prozent zu erhöhen, sagte Hebborn. Mit der aktuell geplanten zusätzlichen Förderung seien es am Ende der Legislaturperiode etwa 9 Prozent.

„Erster Schritt“

Man begrüße das „Engagement der SPD-Fraktion, die kommunalen Theater und Orchester zu stärken“, schrieb die „Orchesterkonferenz NRW“ in ihrer Stellungnahme und hob vor allem die Personalkosten auf dem Kultursektor hervor. „Durch die Beschlüsse der gegenwärtigen Landesregierung wird bereits ein beträchtlicher Aufwuchs für die laufende Legislaturperiode geleistet“, hieß es weiter. Dies könne aber nur „ein erster Schritt sein zu einem prozentual höheren Landesanteil der Theater- und Orchesterfinanzierung“. Häufig sei die Vergabe zusätzlicher Fördermittel mit „Zusatzaufgaben“ verbunden – zum Beispiel Angebote für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen. Die Orchester in NRW hielten jedoch bereits entsprechende Programme vor. Sollten weitere Zusatzaufgaben gefordert werden, so Steffen Schrank von der Orchesterkonferenz, sollte es „möglichst unbürokratische und einfache Richtlinien geben“.

Der Landesanteil werde im Jahr 2022 zwar nicht bei 20 Prozent liegen, dennoch werde man „einen gewaltigen Schritt gegangen sein“, sagte Michael Schmitz-Auferbeck, Generalintendant des Theaters Aachen und Sprecher der ständigen Konferenz der Intendanten in NRW. Insgesamt begrüße man den eingeschlagenen Weg „außerordentlich“. Wichtig seien nun Vereinbarungen zwischen Land, Kommunen und Theatern, „damit die Landesmittel wirklich zu einer Stabilisierung und Verbesserung der Theatersituation beitragen“.

Positiv sei, dass die Städte für die kommenden Jahre Planungssicherheit hätten, sagte Dr. Gert Fischer, Kulturdezernent der Stadt Mönchengladbach. Reinhard Knoll (Kulturrat NRW) wies ebenso wie andere Sachverständige auf die freie Theater- und Orchesterszene hin. Auch dort gebe es Unterstützungsbedarf.

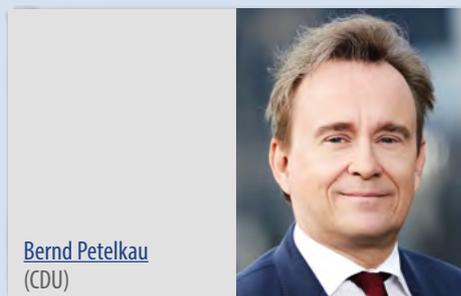
Die Schauspielerinnen Lisa Jopt (Bochum) und Julia Wolff (Wuppertal) machten auf die finanzielle Situation vieler Künstlerinnen und Künstler aufmerksam. Die Gagen seien zu niedrig, sagte Jopt. Es werde zwar „viel Kunst produziert“, allerdings mit „zu wenig Leuten und zu wenig Geld“. Kunst werde gefördert, soziale Standards aber würden nicht berücksichtigt. Nach Angaben von Julia Wolff setzen Männer zudem häufig bessere Gagen durch als Frauen. Außerdem sei es für Alleinerziehende schwierig, aufgrund der Arbeitszeiten eine Kinderbetreuung sicherzustellen. zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Theater- und Orchesterpakt“



Das kulturelle Angebot in Nordrhein-Westfalen ...

... zeugt von dem Reichtum seiner vielfältigen Regionen und seines kulturellen Erbes. Nordrhein-Westfalen ist ein europäisches Kulturland ersten Ranges. Die Kombination aus Industrie, Geschichte und moderner Kreativität, aus Denkmälern auf Weltniveau und kultureller Vielfalt in der Fläche sowie aus Spitzen- und Breitenkultur sticht dabei besonders hervor.

... ist weltweit einzigartig. Es ist unsere Schuldigkeit und Aufgabe, es zu erhalten und stetig zu entwickeln.

Kommunale Theater und Orchester ...

..., Opern, Tanztheater und die freie Szene prägen das Erscheinungsbild und die kulturelle Vielfalt unseres Landes. Nordrhein-Westfalens Theater- und Orchesterlandschaft ist einmalig. Ihre Vielfalt und Dichte sucht ihresgleichen in Europa. Die 18 rein kommunal getragenen Stadttheater und kommunalen Orchester sind überregional bedeutende Zentren der Produktion von Kunst.

... sind für eine Demokratie systemrelevant; es sind Orte der Auseinandersetzung, der Selbstbetrachtung, der Verunsicherung, auch der Vergewisserung und der Unterhaltung.

Ihre Finanzierung ...

... muss so aufgestellt sein, dass sich Theater und Orchester gut entwickeln können und zukunftsfähig werden. Die Stabilisierung dieser Orte der Kunst wird auch die Kommunen und das Land stärken. Auf Initiative der NRW-Koalition werden die Landesmittel bis 2022 um 30 Millionen € erhöht. Dies ist auch ein Zeichen der Wertschätzung in Richtung der Kommunen, die das finanzielle Gros tragen.

... ist abhängig von finanzkräftigen und gesunden Städten. Diese Stärke der Städte ist zu gewährleisten. Das Land muss zum Erhalt auf verschiedene Arten beitragen.

Die Gagen der Künstlerinnen und Künstler ...

... sind Investitionen in die Kreativität und die Qualität unseres Landes. Mit den zusätzlichen Landesmitteln hilft die NRW-Koalition denen, die sie bezahlen, dass sie das auf einem fairen und angemessenen Niveau tun können.

... sind zum Teil beschämend. Neben der Produktion ästhetischer Inhalte ist die Betrachtung und Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse zwingend.



... ist vielfältig und facettenreich. Es gibt in Europa wenige Orte, wo auf so engem Raum so viele einzigartige Kulturinstitutionen unterschiedlichster Ausprägung vertreten sind. Gerade das Nebeneinander von sogenannter Hochkultur und einer ungeheuer vitalen freien Szene machen das Kulturland NRW einzigartig.

... erhalten nach jahrelangem Stillstand eine Jahr für Jahr steigende Landesfinanzierung. Sie sind wichtiger und fundamentaler Eckpfeiler der Kulturszene. Ihnen größtmögliche Unterstützung zu geben, ist auch ein Zeichen der Wertschätzung. Zudem werden mit der neuen Förderung die Anstrengungen der Kommunen anerkannt, die bisher den Großteil des Unterhalts leisten.

... wird endlich aufgestockt. Das Land stellt für die kommunalen Theater und Orchester in diesem Jahr 6 Millionen Euro Basisförderung zur Verfügung. Bis 2022 werden die Mittel im Kulturhaushalt um 30 Millionen Euro auf dann 50 Millionen Euro erhöht. Auch die jährliche Landesförderung für die freien darstellenden Künste wird bis 2020 um 4,5 Millionen auf 12,5 Millionen aufgestockt. Dies schafft Planungssicherheit für die freie Theater und Ensembles.

... sind aktuell mit 2.000 Euro brutto zum Einstieg für Hochschulabsolventen erschütternd gering. Die zusätzlichen Mittel werden für mehr Spielraum sorgen. Dies zeigt auch die erfreuliche Aussage des Städtetags und der Intendantenkonferenz in der Anhörung, dass die Basisförderung insbesondere auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Künstlerinnen und Künstler eingesetzt werden soll.



... ist in seiner Dichte und Vielfalt weltweit einzigartig und macht NRW attraktiv. Rund 350.000 Menschen in NRW arbeiten im Kultur- und Kreativbereich, vom Stadttheater über Werbeagenturen, dem WDR und RTL bis zur Games-Branche. Es ist gut und richtig, wenn das Land seinen Kulturhaushalt Zug um Zug verstärkt, so wie es auch auf Bundesebene geschieht.

... sind die kulturellen Kristallisationspunkte einer Stadt oder einer Region. Wo Theater sind, gibt es freie Gruppen, wo Orchester sind, musizieren mehr Amateur*innen. Frühe Bühnenerlebnisse prägen Kinder und Jugendliche. Umso wichtiger ist es, Theater und Musik verstärkt zu fördern, damit dieses breite Angebot auch langfristig in NRW für alle garantiert werden kann.

... soll auch weiterhin durch die Städte gesichert werden. Richtig ist auch, wenn das Land sich zu dieser kulturellen Aufgabe künftig noch stärker bekennt. Die dichte Theater- und Orchesterlandschaft Nordrhein-Westfalens muss verstärkt mitgefördert werden. Damit muss NRW als Partner der Städte verlässlich zum Erhalt des Kulturlandes NRW beitragen, entsprechend der Landesverfassung Artikel 18.

... sind insgesamt viel zu niedrig und werden der Leistung nicht gerecht. Dringend müssen alle Künstler*innen bessere Gagen bekommen, hier fehlt es auf allen Ebenen. Wir brauchen kreative Kräfte. Und jeder Euro, den wir in die Kultur investieren, setzt circa drei Euro ökonomisch in Gang. Das nützt am Ende uns allen.



... ist vor allem den Kommunen zu verdanken. In den 60er und 70er Jahren waren die Städte besonders leistungsstark und haben die Kulturentwicklung im Land vorangetrieben. Diese Voraussetzungen haben sich aufgrund des Strukturwandels, aber auch durch Misswirtschaft drastisch verändert, meist verschlechtert.

... sind von der Entwicklung der Städte abhängig und daher auch vielerorts in ihrer Existenz gefährdet. Wenn Städte gezwungen sind, im Rahmen der Haushaltssicherung ihre Ausgaben zu reduzieren, geschieht dies verständlicherweise in den meisten Fällen eher zulasten der Kultur als zulasten anderer Ressorts, insbesondere von z. B. Transferleistungen.

... kann mit der Weiterentwicklung des Theater- und Orchesterpakts gesichert werden. Das Land übernimmt einen Teil der Verantwortung und einen Ausgleich für viele Aufgaben, die in den letzten Jahren übertragen wurden. Wünschenswert wäre zudem eine konsequente Betrachtung der Steuerungskennzahlen. Hier zeigt sich, dass die Häuser ein sehr unterschiedliches Verhältnis von Besucherzahlen zum Finanzierungsbedarf haben.

... insbesondere in den Theatern, entsprechen vielfach nicht der allgemeinen Lohnentwicklung im Land. Mit der Erhöhung der Landeszuschüsse können die Theater die Gagen in den nächsten Jahren den tatsächlichen Lebenshaltungskosten anpassen. Wir neigen in Deutschland dazu, Menschen, die ihren Beruf mit Herzblut ausüben, besonders gering zu bezahlen – das darf nicht sein!

Früh übt sich

Beim Jugend-Landtag lernen Jugendliche und junge Erwachsene, wie Politik und Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen funktionieren. Eine gute Idee, meint Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Sabine Manzel, Leiterin der Cives-School der Universität Duisburg-Essen. Wenn sich Jugendliche früh mit politischen Fragen auseinandersetzen, sei es umso wahrscheinlicher, dass sie sich später in Politik und Zivilgesellschaft engagieren.

Frau Prof. Manzel, waren Sie in Jugendzeiten politisch engagiert?

Zunächst überhaupt nicht. Meine Eltern meinten immer: Willst du nicht mal die Tagesschau gucken? Wir haben auch über Politik gesprochen, da habe ich zu argumentieren gelernt, wenn es etwa um die Atomenergie ging. Aber Freunde, Partys und Konzerte waren wichtiger. Erst als ich Sozialkunde in der 11. Klasse als Schulfach hatte, merkte ich, wie spannend Politik ist. Das

lag auch am Lehrer. Er behandelte aktuelle Themen im Unterricht und bot einen Zusatzkurs zur politischen Philosophie an, mit Platon und Kant, die liest man sonst eher an der Uni. Da war ich Feuer und Flamme und dachte: Das will ich studieren. Der Funke zur Politik ist also durch eine Lehrkraft übergesprungen. Später bin ich in die Jugendorganisation einer Partei eingetreten, war hochschulpolitisch aktiv und habe mich im Frauenrat und auch im Senat an der Uni engagiert.

Jugend-Landtag

Der 9. Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen tagt vom 28. bis 30. Juni im Landesparlament in Düsseldorf, um über die Themen „Pflichtfach Informatik“ und „Verbilligtes Ticket für Soziales Jahr/Azubis“ zu diskutieren. Insgesamt reisen 199 Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Nordrhein-Westfalen an. Die Zahl der Teilnehmenden entspricht exakt der Zusammensetzung des aktuellen Landtags NRW.

Nach einer Begrüßung durch den Präsidenten des Landtags, André Kuper, erhalten alle Teilnehmenden eine Führung durch das Gebäude. Anschließend schlüpfen die 16- bis 20-Jährigen in die Rolle von Abgeordneten und stellen das parlamentarische Geschehen nach: mit Fraktions-, Ausschuss- und Plenarsitzungen, mit Anträgen, politischen Statements und Expertenanhörungen. Bei einem Parlamentarischen Abend treffen die Schülerinnen und Schüler auf „echte“

Abgeordnete des Landtags. Das Programm endet am 30. Juni mit einer Plenarsitzung, die live im Internet übertragen wird unter www.landtag.nrw.de. Die Ergebnisse des Jugend-Landtags werden im Anschluss an die Abgeordneten weitergeleitet.

Neben dem Jugend-Landtag bietet der Landtag regelmäßig Führungen für Schulklassen an, bei denen das parlamentarische Geschehen erklärt wird. Im Februar ist zudem das Programm „Landtag macht Schule“ gestartet, bei dem Neuntklässler einen Tag lang den Landtag besuchen. Regelmäßig sind Mitglieder des Landtagspräsidiums auch vor Ort in nordrhein-westfälischen Schulen, um über die Arbeit im Landtag zu berichten. Künftig wird es im „Haus der Parlamentsgeschichte“ zudem Führungen für Schulklassen geben, um jungen Menschen gezielt die parlamentarische Geschichte des Landes zu vermitteln.



Mittlerweile befassen Sie sich wissenschaftlich mit politischer Bildung. Wie entsteht und wächst Interesse für Politik?

Politische Sozialisation beginnt in der Familie. Da werden politische Orientierungen und Einstellungen vorgeprägt – übrigens auch, wenn Eltern über Politiker schimpfen. Von daher kommt der Familie als erste Instanz eine große Rolle zu. Studien zeigen, dass Kinder bereits im Grundschulalter erste Vorstellungen zu Politik erworben haben. Schule ist ein wichtiger Faktor, um politisches Wissen, Urteilskompetenz und eine grundlegende Partizipationsbereitschaft zu fördern, beispielsweise über Klassensprecherwahlen oder Diskussionen. Hierfür bedarf es gut ausgebildeter Lehrkräfte für den Fachunterricht. Das ist Ziel unserer Cives-School.

Was können politische Institutionen wie der Landtag tun, um das Interesse an Politik bei Jugendlichen zu wecken?

Als ich vorhin in den Landtag kam, bin ich an Jugendlichen vorbeigeradelt – die haben Fußball gespielt, als sie auf ihren Besuch im Landtag gewartet haben, um etwas über die Architektur und das parlamentarische Geschehen zu erfahren. Für sie ist es ein Ausflug, sie erleben etwas Nicht-Alltägliches, das Spaß macht oder machen könnte. Es gibt ja diesen Dreischritt: dass man nicht nur mit dem Kopf lernt, sondern auch mit Hand und Herz. Wenn Jugendliche also den Landtag besuchen, spüren sie etwas von der Atmosphäre. Das ist lernpsychologisch von Vorteil. Wichtig ist aber auch, dass Lehrkräfte den Besuch vorbereiten, damit das Gelernte nicht verpufft.

Regelmäßig nehmen Jugendliche und junge Erwachsene am Jugend-Landtag NRW teil, bei dem sie für drei Tage in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen. Wie bewerten Sie das Angebot?

Fotos: Schälte



Beim Jugend-Landtag schlüpfen 16- bis 20-Jährige in die Rolle von Abgeordneten und lernen das parlamentarische Geschehen kennen.

Dass Jugendliche den Landtag kennenlernen und wissen, wo Politik für sie gemacht wird, ist sehr wichtig. Und auch, dass sie in einem Planspiel die Rollen von Politikern einnehmen und eigene Standpunkte artikulieren. Viele Studien zeigen: Wenn man sich mit politischen Themen auseinandersetzt, argumentiert und sich Wissen aneignet, wirkt sich das positiv auf das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft aus. Interessant wäre, empirisch zu untersuchen, wie sich das Engagement im Nachhinein bei den Teilnehmenden entwickelt hat.

„Badewanneneffekt“

Was vermuten Sie?

Einen Badewanneneffekt: Das Interesse für Politik steigt zunächst und ebbt vorerst wieder ab – gerade, wenn kein Anknüpfungspunkt in der Schule oder im Freundeskreis folgt. Wenn aber eine politische Wahl ansteht oder ein relevantes Thema politisch diskutiert wird, steigen das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft wieder. Einen solchen Effekt belegt eine Langzeitstudie, bei der Jugendliche in Belgien im Alter von 16, 18 und 21 Jahren befragt wurden. Eine andere Studie zeigt, dass Planspiele einen positiven Einfluss auf das politische Interesse und Wissen bei Schülerinnen und Schülern haben. Dadurch steigt wiederum generell die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren.

Wie ist es insgesamt in Nordrhein-Westfalen um das politische Engagement von Jugendlichen bestellt?

Dazu ist aktuell die internationale Studie zur zivilgesellschaftlichen und politischen Bildung, kurz ICCS, erschienen. Die Studie wird seit den 1950er-Jahren alle drei Jahre von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Auftrag gegeben. Zuletzt hat sich Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland beteiligt. Untersucht wurden das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft von 14-Jährigen, also Achtklässlern.

Es hat sich gezeigt, dass politisches Engagement stark vom Bildungshintergrund, dem Einkommen der Eltern und der Schulform abhängt. Insgesamt interessieren sich die Jugendlichen mehr für Familie und Privates als für Politik. Sie wissen zudem weniger über Politik als in anderen Ländern und die Wahlbereitschaft ist unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Das klingt nach Politikverdrossenheit.

Schon. Aber vielleicht ist es auch mehr eine Verdrossenheit gegenüber Politikern – bedingt durch das Image, das beispielsweise in manchen Medienformaten vermittelt wird. Das Interesse an politischen Themen wiederum ist bei Jugendlichen in den vergangenen Jahren gestiegen: Laut der viel zitierten Shell-Jugendstudien waren 2002 nur 30 Prozent der Menschen zwischen 15 und 24 Jahren politisch interessiert, aktuell sind es 41 Prozent. Die Frage ist natürlich, wie politisches Interesse gemessen wird. Wenn ich das an Parteimitgliedschaften festmache, bleibt das Ergebnis ernüchternd: Bei den Parteien variiert der Anteil der Mitglieder unter 20 Jahren bundesweit zwischen 1 bis 3 Prozent. Bei den Mitgliedern unter 30 Jahren liegt der Anteil auch nur bei 5 bis 11 Prozent, je nach Partei. Wenn ich aber nach dem Interesse für politische Themen frage, etwa nach dem Klimawandel oder der Zukunft des Arbeitsmarkts, ist die Zahl der politisch interessierten Jugendlichen deutlich höher.

Wenn man an die 1968er-Generation denkt, gab es eine Politisierung auf allen Ebenen. Heute sind die Straßen eher leer – warum?

Zur Person

Prof. Dr. Sabine Manzel, Jahrgang 1973, ist Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft und Leiterin der „Cives School of Civic Education“ der Universität Duisburg-Essen. Sie forscht und publiziert u. a. zur politischen Kompetenzentwicklung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Bei Jugendlichen ist das vorherrschende Gefühl aktuell: Uns geht's gut, wir blicken optimistisch in die Zukunft. Es gibt zwar den Klimawandel und globale Krisen. Aber es liegt nichts so sehr im Argen, dass ich mich engagieren muss. Sicher gibt es auch Protestbewegungen, aber eher kleinteilig. Die Frage ist, woran das liegt: Weil Jugendliche von der politischen Sphäre entkoppelt sind? Oder weil sie sagen, die Eliten machen Politik und ich ziehe mich zurück? Dafür sprechen die Befunde, dass Familie und Freundschaft für Jugendliche wichtiger sind als politisches Engagement. Oder liegt es daran, dass Soziale Medien neue Partizipationsformate bieten? Hier gilt es weiterzuforschen.

Das Interview führte Thomas Becker



Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Respekt vor den Kumpels und ihrer Arbeit unter Tage

Der Steinkohlebergbau ist von großer Bedeutung in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Mit der Schließung der letzten Zechen, Prosper-Haniel in Bottrop und dem Bergwerk Ibbenbüren, Ende dieses Jahres, geht eine 200 Jahre alte Tradition in Deutschland zu Ende. 2007 beschlossen der Bund sowie die Bundesländer, in denen noch Steinkohle gefördert wurde, gemeinsam mit dem Bergbaubetreiber RAG den Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle. Die Sprecherin der CDU-Fraktion im Unterausschuss für Bergbausicherheit, Romina Plonsker, nahm dies zum Anlass, zusammen mit zehn weiteren CDU-Abgeordneten die Zeche Prosper-Haniel in Bottrop zu besuchen. Mit Respekt vor einer jahrhundertalten Bergbautradition und den harten Arbeitsbedingungen unter Tage, wie etwa Lärm, Wärme und Staub, fuhren die Christ-



demokraten über 1.000 Meter in die Tiefe. Nicht nur die bemerkenswerte Arbeit der Bergleute hinterließ bleibenden Eindruck, sondern gerade auch das Gemeinschaftsgefühl der „Kumpels“. „Das ist schon eine ganz besondere Atmosphäre unter Tage“, betonte Romina Plonsker nach dem Besuch. Nun gilt es, diesen Zusammenhalt, der das Ruhrgebiet und unser Land geprägt hat, zu bewahren, auch wenn die letzte Schicht gefahren ist. Daher wurde gemeinsam mit den Bergleuten

und der Standortleitung des Bergwerks über den Strukturwandel im Ruhrgebiet gesprochen. Die NRW-Koalition will gemeinsam mit den Standortkommunen das Flächenportfolio der RAG von fast 8.000 Hektar für eine wirtschaftliche, städtebauliche und den Freiraum schützende Entwicklung nutzbar machen. Der Ansiedlungsschutz von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzung soll dabei gestärkt werden. Dadurch werden auch den zurzeit noch im Bergbau Beschäftigten Perspektiven für „die Zeit danach“ eröffnet. Denn es gilt immer noch der Grundsatz: „Die Kohle geht, aber der Kumpel bleibt.“



Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Landtagstalk der SPD-Fraktion

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) ist wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Insbesondere in Zeiten, in denen Populisten versuchen, die Gesellschaft zu spalten, Tatsa-

chen infrage gestellt werden und Unwahrheiten Verbreitung finden, brauchen wir neben Verlagen und privaten Medienangeboten einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk.



Der Blick auf die Schweiz, in der am 4. März in einer Volksabstimmung für die Beibehaltung der Rundfunkgebühren votiert wurde, zeigt allerdings auch, dass der Wert von unabhängigem und ausgewogenem Qualitätsjournalismus unter Rechtfertigungsdruck steht. Was können wir aus der Schweizer Debatte lernen? Warum steht der ÖRR nicht nur in der Schweiz, sondern

in zahlreichen Ländern Europas so sehr in der Kritik? Was muss getan werden, um das duale Rundfunksystem in Deutschland nachhaltig zu sichern? Wie kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk für jüngere Nutzerinnen und Nutzer attraktiver gestaltet werden? Diese und weitere Fragen wurden am 6. Juni im Plenarsaal im Rahmen eines Landtagstalks der SPD-Landtagsfraktion unter dem Titel „Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ diskutiert. Die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Medien und Öffentlichkeit diskutierten u. a. mit dem Schweizer Medienforscher Prof. Dr. Otfried Jarren und WDR-In-tendant Tom Buhrow.

NRW
DIE FRAKTION

SPD

Meilensteine-Tour – FDP-Fraktion zieht Jahresbilanz

Seit gut einem Jahr haben die Freien Demokraten mit ihren 28 Abgeordneten als regierungstragende Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen vieles in Bewegung gesetzt und erste Trendwenden eingeleitet, um die riesigen Potenziale des Landes zu heben. Dabei hat die Fraktion ein klares Ziel vor Augen: Nordrhein-Westfalen moderner, chancenreicher und sicherer machen. Bei fünf Terminen in ganz NRW stellen FDP-Fraktionsvorsitzender Christof Rasche und der Parlamentarische Geschäftsführer Henning Höne die erste Jahresbilanz vor. Die „Meilensteine-Tour“ führt nach Düsseldorf, Sendenhorst, Köln, Unna und Bielefeld.

Die FDP-Fraktion geht verantwortungsvoll mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger um. „Politik mit Augenmaß und sozi-



aler Kompetenz“, betont der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Christof Rasche. „Wir haben den Menschen im Land einen Politikwechsel versprochen und werden weiter jeden Tag daran arbeiten, NRW wieder nach vorne zu bringen.“ Als konkrete Beispiele für

erste Trendwenden nannte Rasche die Entfesselungspakete, Weichenstellungen in der Schulpolitik, eine bessere (personelle) Ausstattung der Polizei, das erste Infrastrukturpaket und – trotz Investitionen in diesen Bereichen – einen Landeshaushalt 2018 ohne neue Schulden.

Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion: „Wir haben schon viel geschafft. Zugleich liegt noch viel Arbeit vor uns.“ Der konstruktive Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sei der FDP-Fraktion dabei ein besonderes Anliegen.



Land muss einen Unwetterfonds einrichten – Kommunen nicht im Regen stehen lassen

Überschwemmte und unterspülte Straßen, eingestürzte Dächer und unter Wasser stehende Gebäude – zuletzt sorgten heftige Unwetter mit starken Regenfällen in vielen Regionen unseres Landes für schwere Schäden.

Derartige Extremwetterereignisse können aufgrund der voranschreitenden Klimaver-

änderung in Zukunft häufiger und in höherer Intensität auftreten als bislang. Daher brauchen wir eine deutliche Schwerpunktsetzung des Landes hin zu einer klimafreundlichen und ressourcenschonenden Politik.

Zudem darf die Landesregierung die betroffenen Kommunen mit den hohen Kosten für die Beseitigung der Schäden nicht allein lassen.

Nach dem Unwetter im Jahr 2014 hat die rot-grüne Vorgängerregierung ein Sofortprogramm aufgelegt, mit dem nicht nur privaten Haushalten schnell und unbürokratisch geholfen wurde, sondern auch den Kommunen. Auch in Zukunft wird es immer wichtiger werden, betroffenen Städten und Gemeinden zügig Hilfgelder zukommen zu lassen, damit diese die Schäden beseitigen und zügig ihre Infrastruktur wiederherstellen können. Bislang gibt es aus der Staats-

kanzlei noch keine verlässlichen Hinweise darauf, ob und wie man sich mit den betroffenen Kommunen solidarisch zeigt und sie bei der Reparatur der Unwetter-Schäden unterstützen möchte.

Wir fordern die Landesregierung mit unserem vorliegenden Antrag dazu auf, einen Unwetterfonds einzurichten, aus dem die betroffenen Kommunen bei zukünftigen Extremwetterereignissen Mittel zur Unterstützung erhalten. Diese Mittel sollen in solidarischer Art und Weise gemeinsam von Land und Kommunen bereitgestellt werden.



Kleine Anfragen – große Wirkung

Durch Kleine Anfragen kann jeder Abgeordnete von der Landesregierung Auskünfte verlangen; diese müssen innerhalb von vier Wochen schriftlich von der Landesregierung beantwortet werden. So jedenfalls will es die Geschäftsordnung des Landtags NRW. Eine Vorgabe zur Qualität der Antworten macht sie nicht.

Die AfD-Fraktion hat in ihrem ersten Jahr genau 281 Kleine Anfragen mit 1.283 Einzelfragen gestellt. Von diesen Einzelfragen wurde ein gewichtiger Teil vage, ausweichend oder mit dem Hinweis auf fehlendes Datenmaterial beschieden; 219 Einzelfragen blieben zudem gänzlich unbeantwortet. Zum großen Teil angeblich deshalb, weil der Aufwand für



eine Beantwortung zu groß sei oder der Zeitrahmen zu eng. Was ein erschreckendes Licht auf die Grundlagen politischer Entscheidungsfindung wirft, denn wenn die Landesregierung die Antworten nicht parat hat, fragen wir uns natürlich, auf welcher Faktenbasis sie dann ihre Entscheidungen trifft.

Immer vorausgesetzt, dass sie sich mit der notwendigen Ernsthaftigkeit mit unseren Fragen beschäftigt. In den vergangenen 12 Monaten sind die Interessen der Menschen, die die AfD in den Landtag gewählt haben, von den anderen Fraktionen nämlich so gut es ging nicht berücksichtigt worden – man versucht stets, die AfD auszugrenzen, soweit es die Geschäftsordnung

des Landtags zulässt. Unbequeme Fragen nicht zu beantworten passt da also durchaus ins Bild.

Aber das ist natürlich reine Spekulation. Unstrittige Tatsache dagegen bleibt, dass mehr als 626.000 Bürger in NRW uns vor allem auch deshalb in den Landtag gewählt haben, damit wir diese und weitere Fragen stellen. Und auf Antwort bestehen.

In einer Großen Anfrage haben wir daher nochmals alle offen gebliebenen Einzelfragen aufgelistet mit der Aufforderung, sie innerhalb eines halben Jahres zu beantworten. Auf das Ergebnis sind wir sehr gespannt.





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Verfassungsbeschwerde

30.5.2018 – In einer Anhörung des Rechtsausschusses haben sich Sachverständige zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde geäußert. Grundlage war ein Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP ([17/2122](#)). Die Individualverfassungsbeschwerde ermöglicht es Einzelpersonen, eine Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof einreichen zu können. Sie garantiere den Bürgerinnen und Bürgern „einen wirkungsvollen Individualrechtsschutz vor Grundrechtsbeeinträchtigungen durch die öffentliche Gewalt des Landes“, schreiben die Fraktionen in ihrem Entwurf. Die Einführung der Klage sei in der Sache „uneingeschränkt zu begrüßen“, urteilte der Staatsrechtler und ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier. Sie sei auf einfach-gesetzlicher Basis möglich. Papier riet jedoch zu einer Verfassungsänderung. Ähnlich äußerte sich Prof. Dr. Rosemarie Will (Humboldt-Universität Berlin). Prof. Dr. Hinnerk Wißmann (Kommunalwissenschaftliches Institut Münster) empfahl in seiner Stellungnahme eine „deutliche Beschränkung des Gesetzesvorhabens“. Die Individualverfassungsbeschwerde sollte auf Rechte beschränkt werden, „die nicht ohnehin durch das Grundgesetz und damit durch die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts geschützt sind“. Die Einführung der Beschwerde schärfte das Profil der Landesverfassung und entlaste das Bundesverfassungsgericht, befand Prof. Dr. Johannes Dietlein (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf). Der Entwurf sei „verfassungsrechtlich unbedenklich und verdient in rechtspolitischer Perspektive Beifall“, so Prof. Dr. Fabian Wittreck (Westfälische Wilhelms-Universität Münster).

Transplantationsgesetz

30.5.2018 – Eine mögliche Änderung des Transplantationsgesetzes ([17/2121](#)) stand im

Mittelpunkt einer Sachverständigenanhörung des Gesundheitsausschusses. Die Organspenderzahlen in NRW seien im Jahr 2017 drastisch zurückgegangen, heißt es in dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP. Im vergangenen Jahr seien nur noch 146 Spender gemeldet worden. Ein wesentlicher Grund seien „strukturelle Probleme bei der Identifikation hirntoter Spender in den Entnahmekliniken“. Die Fraktionen fordern u. a. die verbindliche Freistellung von Transplantationsbeauftragten in den Kliniken. Die Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe begrüßten den Entwurf. Allerdings müssten die Krankenhäuser „auch finanziell und personell in die Lage versetzt werden“, diese Aufgabe wahrnehmen zu können. Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen bezweifelte, dass „strukturelle Probleme“ in den Krankenhäusern ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Organspenden seien. Die Gesellschaft sprach u. a. „Informationsdefizite und Ängste der Bevölkerung“ bezüglich der Feststellung des Hirntods an. Mit „administrativen Zusatzmaßnahmen“ sei das Problem nicht zu lösen, so Dr. Klaus-Peter Mellwig vom Herz- und Diabeteszentrum NRW. Er empfahl die „Widerspruchsregelung“. Das heißt: Hat ein Patient der Organentnahme nicht ausdrücklich widersprochen, können Organe zur Transplantation entnommen werden. Die „Selbsthilfe Organtransplantierter NRW“ sprach von einem „weiteren, zielgeführten Schritt für die Verbesserung der Arbeit der Transplantationsbeauftragten“. Der Gesetzgeber reagiere vorbildlich und „in kürzester Zeit“ auf die Entwicklung, befand die „Deutsche Stiftung Organtransplantation“.

Ditib-Moschee

6.6.2018 – Im Integrationsausschuss haben Sprecher aller Fraktionen einen Vorfall verurteilt, bei dem in einer Moschee in Herford Kinder im Kampfanzug posiert hatten. Anlass der

Debatte war ein Bericht der Landesregierung ([17/772](#)). Darin heißt es, dass Kinder mit Waffenattrappen und Uniformen bei einer Märtyrer-Gedenkfeier an eine Schlacht im Ersten Weltkrieg eine militärische Parade nachgespielt hätten. Vergleichbare Aufführungen habe es u. a. in Mönchengladbach, Duisburg und außerhalb von NRW gegeben. Dem Bericht zufolge hat Integrationsminister Dr. Joachim Stamp (FDP) den Bundes- und Landesverband NRW von Ditib zur Distanzierung aufgefordert. Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) ist ein Bundesverband von Moscheegemeinden.

NRW-Tag in Essen

7.6.2018 – Die Landesregierung hat im Hauptausschuss über die Planungen zum NRW-Tag 2018 berichtet, der vom 31. August bis zum 2. September 2018 auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen stattfindet. Dabei solle am bewährten Konzept einer „familienfreundlichen und unterhaltsamen Informationsvermittlung festgehalten werden“, heißt es im schriftlichen Bericht ([Vorlage 17/838](#)). Es werde ein Kultur- und Unterhaltungsprogramm angeboten. Die Erarbeitung des Sicherheits- und Verkehrskonzepts liege in der Verantwortung der Ausrichterkommune. Das bisher „sehr stark formalisierte Prozedere“ scheinereiner der Gründe für das schwache Bewerberaufkommen beim letzten, 2013 von der Vorgängerregierung initiierten Bewerbungsverfahren gewesen zu sein. Daher plane die Landesregierung, das Verfahren „offener und weniger formal zu gestalten“. Jeder Kommune soll es in Zukunft ohne feste Bewerbungsfrist und zunächst ohne Einreichung weitergehender Unterlagen möglich sein, ihr grundsätzliches Interesse an der Ausrichtung eines NRW-Tages zu bekunden. Das Bürgerfest wird seit 2006 erst jährlich und nun alle zwei Jahre veranstaltet. Zuletzt fand der NRW-Tag 2016 in Düsseldorf statt.

Polizeigesetz im Fokus

Sachverständige äußern sich zu den geplanten Änderungen

7. Juni 2018 – Die Landesregierung will das Polizeigesetz ändern. Maßnahmen in Bezug auf Alltagskriminalität und Terrorgefahr sowie zur Freiheitsentziehung standen u. a. im Mittelpunkt einer rund sechsstündigen Anhörung im Innenausschuss. 17 Expertinnen und Experten äußerten sich zu den Vorhaben.

Grundlage der Anhörung war das „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen“ (17/2351), ein Entwurf der Landesregierung. In drei Blöcken äußerten sich die Sachverständigen zu unterschiedlichen Bereichen des Entwurfs (siehe Kasten). Ein Schwerpunkt waren die Maßnahmen zur Bekämpfung der sogenannten Alltagskriminalität. Darunter fallen die geplante Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen sowie die strategische Fahndung. Bei dieser kann die Polizei ohne Verdacht Personen anhalten und nach ihrer Identität befragen sowie Fahrzeuge und Taschen „in Augenschein“ nehmen.

Helga Block, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, betonte in ihrer Stellungnahme, dass der Entwurf „aus datenschutzrechtlicher Sicht äußerst kritisch zu bewerten“ sei. Viele der Regelungen kämen dem Anspruch, den bestmöglichen Schutz mit starken Bürgerrechten zu vereinen, nicht nach. Die Maßnahme der „strategischen Fahndung“ träfe „fast ausschließlich“ Unbeteiligte. Durch die geplante Erweiterung der Videoüberwachung sei eine „nahezu uferlose Ausweitung“ dieser Maßnahme möglich. Die Wirksamkeit sei nicht nachgewiesen.

Prof. Dr. Kyrill-Alexander Schwarz von der Universität Würzburg hatte keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Die „strategische Fahndung“ könne eine Vielzahl von unbeteiligten Personen treffen. Die Beschränkung der Freiheit durch die Kontrolle sei jedoch so gering, dass sie hinnehmbar sei. Zu einer flächendeckenden Videoüberwachung käme es nicht, da an dem zu überwachenden Ort konkrete Anhaltspunkte für Straftaten vorliegen oder schwerwiegende Straftaten begangen worden sein müssten.

Prof. Dr. Dr. Markus Thiel von der Deutschen Hochschule der Polizei erklärte, der Entwurf bewege sich im „Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen“. Er sehe die Gefahr der flächendeckenden Videoüberwachung nicht. Die Maßnahme solle einzelne Orte betreffen, um Straftaten zu verhindern. Sie dürfe nur eingesetzt werden, wenn es konkrete Hinweise gebe. Auch das unverzügliche Einschreiten der Polizei sei nicht flächendeckend möglich.

Prof. Dr. Jörg Ennuschat von der Ruhr-Universität Bochum sagte in der Anhörung,

dass dem Entwurf deutlich das Bemühen um die Verhältnismäßigkeit anzusehen sei, er aber oft zu ungenau bleibe. Es werde in der Begründung z. B. behauptet, dass eine Neuregelung der „strategischen Fahndung“ notwendig sei, aber nicht erläutert, warum die bisherigen Maßnahmen unzureichend seien. Außerdem sei an diesem Punkt keine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament vorgesehen, die jedoch sinnvoll sei.

„Gefahr einer Zersplitterung“

Dr. Markus Löffelmann, Richter am Landgericht München, sprach sich für eine Harmonisierung der Rechte der Polizei auf Länderebene aus und sieht in den Novellierungen die Gefahr einer „Zersplitterung“. Am Entwurf kritisierte er, dass die Inaugenscheinnahme des Kofferraums oder von Taschen bei der Anhalte- und Sichtkontrolle unscharf formuliert sei. Das würde ein Mitwirken der zu kontrollierenden Personen erfordern oder die Polizisten müssten Fahrzeug oder Taschen berühren, was der Inaugenscheinnahme widerspräche.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßte den Gesetzentwurf. Insbesondere zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des internationalen Terrorismus sei eine verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrolle der richtige Schritt. Die Ausweitung der Videoüberwachung auf „gefährliche oder verrufene“ Orte dürfe keine reine Abschreckung bleiben. Es brauche Interventionskräfte, die gegebenenfalls eingreifen könnten.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk) äußerte sich positiv zur Novellierung des Polizeigesetzes, hatte jedoch Bedenken hinsichtlich der Personalsituation. Durch die Änderungen entstünde zusätzlicher Personalaufwand, der nicht aufgefangen werden könne. Die Kommunikation der Landesregierung zum Gesetz bewertete sie kritisch; die Bürgerinnen und Bürger seien nicht frühzeitig genug einbezogen und aufgeklärt worden.

Amnesty International sah in verdachtsunabhängigen Kontrollen „immer das Risiko, dass rechtswidrig nach diskriminierenden Kriterien kontrolliert wird“. Es sei menschenrechtswidrig, wenn Personen z. B. nur wegen ihres Aussehens kontrolliert würden. Die Ausweitung der Videoüberwachung widerspräche dem Recht auf Privatsphäre. Es gebe effektivere Maßnahmen, Straftaten zu verhindern, beispielsweise das Ausleuchten von Orten.

ell

Änderungen des Polizeigesetzes

Die Anhörung war in drei Blöcke aufgeteilt. Die Sachverständigen bezogen zu zwei weiteren Themenfeldern Stellung. Unter „Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorgefahr“ äußerten sie sich u. a. zur Telekommunikationsüberwachung und zur elektronischen Fußfessel. Im Block „Freiheitsentziehung und Waffen“ ging es u. a. um die Ausweitung der Dauer des Freiheitsentzugs auf bis zu 14 Tage.



Kunst im politischen Raum

Im vierten Teil der Serie „30 Jahre Landtag am Rhein“ geht es um die Kunst. Denn nicht nur das Parlamentsgebäude mit seiner besonderen Architektur ist sehenswert, sondern auch die Kunst um das Gebäude herum und in seinem Inneren.

Das Land fördert Kunst und Kultur. Das geschieht zum Beispiel, indem der Landtag Kunst ankauft. Einige Kunstwerke im und um das Parlamentsgebäude wurden sogar extra für den Landtag angefertigt. Sie greifen die architektonischen Besonderheiten des Gebäudes auf und bilden eine Einheit mit ihm. Auch spiegelt jedes Kunstwerk in seiner ganz spezifischen Weise die Themen Politik, Demokratie und Gesellschaft wider.

Kunst und Gebäude

Bereits in seinen Planungen für das Parlamentsgebäude hatte der Architekt Prof. Fritz Eller (1927-2018) das Zusammenspiel von Kunst und Gebäude vorgesehen. Er schrieb in einem Artikel dazu, dass die Kunst Raum brauche, den die Architektur bieten könne. „Kunst wird so Teil der Funktionalität des Landtagsgebäudes, die eine besondere Stellung einnimmt; sie macht das Kunstwerk selbst zum Zweck, ohne dass es ansonsten einen praktischen Wert haben müsste.“ Einer eigens dafür eingerichte-

ten Kommission kam die Aufgabe zu, sich mit der künstlerischen Gestaltung im Innen- und Außenbereich des Parlamentsgebäudes auseinanderzusetzen. Renommiertere Künstler wurden schließlich ausgewählt, um den Landtag auch in diesem Bereich einzigartig zu machen.

Die Kunst um den Landtag

Auf dem Vorplatz des Landtags werden Besucherinnen und Besucher von einer kreisrunden und rostbraunen Stahlplatte zum Gebäude hingeführt. „Tzaphon“, so heißt die Stahlskulptur des israelischen Künstlers Dani Karavan, die mit dem Material Stahl auf die für die Geschichte Nordrhein-Westfalens wichtige Schwerindustrie verweist. „Tzaphon“ fügt sich mit seiner runden Form in die Rundungen des Landtags ein und steigt, wie der Vorplatz auch, zum Gebäude hin an. Karavan konzipierte es als Teil des öffentlichen Raums. An der Seite des Gebäudes befindet sich das luftig leichte Kunstwerk „one up, one down – excentric“ von George Rickey. Ebenso wie die Politik ist die-

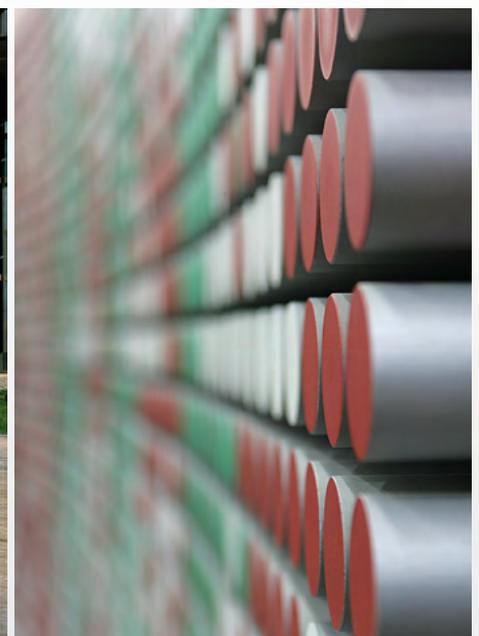
ses Kunstwerk immer in Bewegung. Durch die Wind- und Schwerkraft bewegt sich das von den Bürgerinnen und Bürgern liebevoll auch „Pommespicker“ genannte Kunstwerk auf und ab und zu den Seiten. Auf der Rückseite des Gebäudes unterhalb des Plenarsaals und direkt vor der Bibliothek befindet sich der Landtagsbrunnen. Der Künstler Heinz Mack griff nicht nur die Rundungen des Gebäudes auf, sondern mit den in Stufen angeordneten Becken auch die Sitzreihen des Plenarsaals.

Ein Wappen für den Plenarsaal

An einer besonders zentralen Stelle innerhalb des Landtags befindet sich ein Werk des Künstlers Ferdinand Kriwet. An der Stirnseite des Plenarsaals, hinter dem Rednerpult und den Plätzen des Landtagspräsidiums, wurde das stilisierte Landeswappen des Künstlers angebracht. Mit 3.630 Aluminiumzylindern griff er die runden Formen des Landtagsgebäudes auf und setzte das Landeswappen neu zusammen. Erst aus der Ferne lässt sich das gesamte Kunstwerk erfassen. Viele Einzelteile ergeben dann das Gesamtbild. Ähnlich ist es auch im politischen Alltag, in dem unterschiedliche Standpunkte und Meinungen die Diskussion bestimmen.



Das Kunstwerk „Tzaphon“ von Dani Karavan auf dem Vorplatz des Landtags.



Ferdinand Kriwet schuf das Landeswappen für den Plenarsaal.

Künstlerische Gestaltung

Vor dem Plenarsaal, in der Wandelhalle, befindet sich das Werk „Interferenzen“ des in Düsseldorf lebenden Künstlers Günther Uecker. Auf fünf Holztafeln sind mit Nägeln bestückte Kreise angeordnet. Von links nach rechts ändern sie die Farbe von Schwarz über Grau nach Weiß. Schwarz und Weiß stehen sich gegenüber, gehen im Grau aber auch ineinander über. Einmal mehr spiegelt sich hier die politische Debatte wider, in der sich Wort und Widerwort gegenüberstehen, aber auch Kompromisse geschlossen werden.

Mit dem „Raum der Stille“ schuf 2011 der Künstler Prof. Gotthard Graubner (1930-2013) einen Ort, an dem Abgeordnete, Beschäftigte sowie Besucherinnen und Besucher im hektischen Tagesgeschäft innehalten können. Das Lichtkonzept, die naturbelassenen Sitzgelegenheiten und die in hellen Gelb- und Grüntönen gestalteten Wandbilder schaffen eine besondere Atmosphäre der Ruhe.

Die Kunst im Landtag regt Abgeordnete, Mitarbeitende sowie Besucherinnen und Besucher immer wieder dazu an, vor ihr zu verweilen und ihrer Bedeutung nachzuspüren. Sie wirft Fragen an den politischen Alltag auf und gibt zugleich Denkanstöße und Inspiration. *ell*

Besuch im Landtag

Die genannten Kunstwerke im Landtagsgebäude und weitere können an rund 40 Wochenenden im Jahr bei kostenfreien Rundgängen besichtigt werden. Die Kunstwerke im Außenbereich sind ganzjährig frei zugänglich. Weitere Informationen zum Besuch des Landtags und zur Kunst im und am Landtag gibt es auf der Homepage: www.landtag.nrw.de.

Das Kunstwerk „Interferenzen“ von Günther Uecker an der Außenseite des Plenarsaals.

Fotos: Schälte

„Wahrheit braucht Zeit“

Parlamentsgespräch zum Thema „Medien und Demokratie“

12. Juni 2018 – Beeinflussen Soziale Medien die gesellschaftliche Debatte? Und wenn ja: Verändern sie den Journalismus? Und sind sie eine Bereicherung oder eine Belastung für die Demokratie? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des zweiten „Parlamentsgesprächs“, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, eingeladen hatte.

Nach dem Auftakt der neuen Veranstaltungsreihe im April konnte der Präsident auch diesmal wieder eine hochkarätige Expertenrunde begrüßen. Es diskutierten die Journalistin und Moderatorin Dunja Hayali, der frühere „Tagesthemen“-Moderator und Autor Ulrich Wickert, der Chefredakteur der „Rheinischen Post“, Michael Bröcker, sowie Prof. Dr. Bernd Blöbaum vom Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster.

„Zwischen Fake-News und Hate-Speech – Verantwortung der (sozialen) Medien in der Demokratie“ – so lautete der Titel der Veranstaltung. Der Präsident mahnte in seinem Grußwort mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Medienwelt, dass Wachsamkeit geboten sei. Denn das Meinungsklima sei insbesondere im Internet rauer geworden.

„Schwemme von Fake-News“

André Kuper betonte: „Damit einher geht die Schwemme von Fake-News, gezielten Falschmeldungen und Lügen. Diese verbreiten sich im Internet und den Sozialen Medien rasend schnell. Desinformation und Verunsicherung der Gesellschaft werden durch teilweise absurde Verschwörungstheorien zur Erosion des Vertrauens in die Institutionen benutzt. Die Flut erfundener Nachrichten zeigt, wie wichtig guter, an Fakten orientierter Journalismus ist, der glaubwürdig informiert, ein möglichst objektives Bild der Wirk-



Der Präsident des Landtags, André Kuper.

lichkeit zeichnet und fundierte Meinungsbildung ermöglicht.“

Die Social-Media-Beauftragte der Polizei Münster, Katja Rengshausen, schilderte in einem Impulsreferat eindrucksvoll ihre Erfahrungen nach der Amokfahrt in der Stadt Anfang April mit drei Toten und Dutzenden Verletzten. „Das unglaubliche Bedürfnis nach sofortiger Befriedigung der Neugierde und der Wunsch nach einer Eins-zu-Eins-Kommunikation prägen das Netz, gerade bei solchen Ereignissen“, berichtete die Polizeibeamtin. Schnell hätten sich nach der Amokfahrt Gerüchte über die Sozialen Medien verbreitet. Das Problem aus Sicht von Rengshausen: „Wir sind die Polizei, wir liefern Fakten und wir werden und wollen uns nicht an Spekulationen beteiligen.“ Und sie betonte: „Wahrheit braucht Zeit – Zeit, von der wir uns wünschen, dass man sie uns lässt. Denn gerade bei solchen Ereignissen wie dem vom 7. April in Münster sind Tatsachen am wichtigsten.“

Fotos: Schälte

„Wahrheit braucht Zeit“ – dies sei „der Satz des Abends“, befand der Chefredakteur der „Rheinischen Post“, Michael Bröcker, in der anschließenden Diskussion. Er verwies aber zugleich darauf, dass Journalisten durchaus über gut recherchierte und wahre Informationen verfügen könnten, bevor diese von der Polizei bestätigt seien. Die Berichterstattung in Online-Medien, so seine Erfahrung, sei insgesamt „ruhiger und gelassener“ geworden.



Katja Rengshausen von der Polizei Münster.

Dass Wahrheit Zeit brauche, betonte auch die ZDF-Moderatorin Dunja Hayali. Sie berichtete, dass den Medien diese Zeit oftmals nicht mehr gegeben werde. „Der Druck ist extrem hoch.“ Strahle man nach einer Katastrophe zügig eine Sondersendung aus, sei oft das Problem, dass noch keine gesicherten Informationen vorlägen. Verzichte man auf die Sondersendung, komme der Vorwurf, die Medien wollten etwas vertuschen. In den Sozialen Medien seien dagegen zu jeder Zeit an jedem Ort Informationen abrufbar – „ungefiltert und ungeprüft“.

Trotz der derzeitigen Herausforderungen in der Medienwelt müsse aber festgehalten werden, dass Deutschland „den besten Journalismus der Welt“ habe, befand Ulrich Wickert und wurde von Prof. Blöbaum unterstützt. Zudem, so der Wissenschaftler, habe sich der Journalismus als „extrem lernfähig“ erwiesen. Und Michael Bröcker betonte: „Wir erreichen über Online-Medien mehr Leser mit journalistischen Inhalten als jemals zuvor.“ *wib*

Mit der Veranstaltungsreihe „Parlamentsgespräche“ will der Präsident des Landtags gesellschaftlich relevante Themen in den Fokus stellen, die nicht Teil der aktuellen politischen Auseinandersetzung sind, aber dennoch wichtig für die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das erste Gespräch zur „Zukunft des Federalismus“ fand Ende April statt. Beim nächsten Gespräch am 27. November 2018 geht es um das Thema „Europa“. Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich gern. Die E-Mail-Adresse lautet: parlamentsgespraech@landtag.nrw.de.

Über „Medien und Demokratie“ diskutierten (v.l.) Anne Gesthuysen, Prof. Dr. Bernd Blöbaum (v.l.), Dunja Hayali, Michael Bröcker und Ulrich Wickert.

Porträt: Markus Wagner (AfD)



Für Politik interessiert sich Markus Wagner, der Vorsitzende der AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, seit er denken kann. Bereits als Achtjähriger hatte er gebannt den Ablauf des konstruktiven Misstrauensvotums gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) verfolgt. Wagner war aufseiten der Konservativen und drückte Herausforderer Rainer Barzel (CDU) die Daumen. 1972 war das. Etliche Jahre später trat Wagner, mittlerweile vom oberbayerischen Bad Tölz ins ostwestfälische Bad Oeynhausien umgezogen, in die CDU ein und gründete in seinem Heimatort einen Kreisverband der Jungen Union.

Doch Mitte der 1990er-Jahre fühlte er sich in der Union nicht mehr richtig wohl. Die vom damaligen Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl versprochene geistig-moralische Wende vermochte er nicht zu erkennen, die geplante Einführung des Euro hielt er für einen großen Fehler. Insgesamt konnte er sich des Eindrucks nicht erwehren, die Union marschiere nach links. 1996 trat er aus der Partei aus.

„CSU des Nordens“

Sein Interesse an Politik wurde wieder angefaßt, als nach der Jahrtausendwende in Hamburg die Partei „Rechtsstaatliche Offensive“ gegründet und deren Vorsitzender Ronald Schill 2001 zum Innensenator berufen wurde. In der Hoffnung, Kriminalität werde nun kompromisslos bekämpft, trat Wagner 2001 der Schill-Partei bei, die er als „CSU des Nordens“ ansah, und wurde schon zwei Jahre später stellvertretender Vorsitzender. Doch 2004 brach die Partei an internen Querelen um ihren Vorsitzenden auseinander. Wagner engagierte sich kurzfristig in kleineren Parteien; spätestens 2008 jedoch, so sein Plan, wollte er sich ganz aus der Politik zurückziehen.

Als 2013 die Alternative für Deutschland gegründet wurde, fühlte Wagner sich angesprochen. Der damalige AfD-Vorsitzende Bernd Lucke sorgte mit seiner Kritik an der Euro-Rettungspolitik für Aufsehen; Wagner teilte die Kritik. Die Euro-Rettungspolitik war es auch, die ihn vor fünf Jahren zum Eintritt in die AfD bewogen hat. Sie stehe heute zwar nicht mehr so im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung, die aktuelle Diskussion um die Situation in Italien zeige aber seiner Ansicht nach, auf wie tönerne Füßen die Gemeinschaftswährung nach wie vor stehe.

In der Landespolitik, mit der sich Wagner seit seiner Wahl in den NRW-Landtag vor gut einem Jahr vorwiegend beschäftigt, tritt seine Partei für ein mehrgliedriges und durchlässiges Schulsystem ein, das auch kooperative Gesamtschulen umfasst. Der „Inklusion mit der Brechstange“ stehe die AfD kritisch gegenüber; stattdessen will sie die Förderschulen stärken. Die AfD will darauf drängen, dass in Fragen der Inneren Sicherheit die von der Landesregierung versprochene Null-Toleranz-Politik gegen Kriminalität auch umgesetzt wird. Die angekündigte Zahl der zusätzlichen Ausbildungsplätze für Polizisten hält sie für zu gering.

Auch in der Landtagsarbeit hat für die AfD die Flüchtlingspolitik einen hohen Stellenwert. 97 Prozent der seit 2015 nach NRW gekommenen Flüchtlinge hätten nach dem Asylkompromiss der 1990er-Jahre keinen Anspruch auf Asyl. Diese Menschen müssten fit gemacht werden für die Rückkehr in ihre Heimatländer. Es sei nicht hinnehmbar, dass zahlreiche Ausreisepflichtige dieser Pflicht nicht nachkämen. Die Kinder der Flüchtlinge sollten nicht in den Regelschulen, sondern in den Unterkünften unterrichtet werden, sagt Wagner. Weil es dafür nicht genug Lehrer gebe, sollten geeignete Lehrkräfte unter den Flüchtlingen angeworben werden.

Wagner hält es grundsätzlich für denkbar und wünschenswert, dass die AfD irgendwann auch in der Landesregierung vertreten sein könnte.

Peter Jansen

Zur Person

Markus Wagner (54) ist verheiratet und Vater eines Kindes. Er ist stellvertretender Sprecher des AfD-Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe und Sprecher des AfD-Kreisverbandes Minden-Lübbecke. Dem nordrhein-westfälischen Landtag gehört Wagner seit 1. Juni 2017 an. Seit Oktober 2017 ist er Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion. Seit 1993 ist er zudem geschäftsführender Gesellschafter einer Einrichtung der Eingliederungshilfe für psychisch erkrankte Menschen.

Trauer um Landtags-Architekten

Der Architekt des Landtagsgebäudes am Düsseldorf Rheinufer, Prof. Fritz Eller, ist tot. Er starb am 31. Mai 2018 im Alter von 91 Jahren. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sprach der Familie das tief empfundene Mitgefühl des gesamten Landtags aus und würdigte die Arbeit von Prof. Eller. Er betonte: „Die Nachricht vom Tod von Prof. Eller erfüllt uns alle mit großer Trauer. Prof. Eller hat mit dem Landtagsgebäude am Rhein ein visionäres Parlamentsgebäude geschaffen, das wie kaum ein anderes für die demokratischen Prinzipien der Transparenz und der Bürgernähe steht. Über die Jahrzehnte hinweg ist Prof. Eller ein enger Berater und Begleiter des Landtags geblieben. Wir verlieren mit ihm nicht nur den Architekten des Landtagsgebäudes, sondern einen guten Freund.“ Prof. Fritz Eller hatte mit seinem Architekturbüro mit Sitz in Düsseldorf mehr als 50 Projekte umgesetzt, darunter das 1988 eröffnete Landtagsgebäude am Rhein. Er war 30 Jahre lang Lehrstuhlinhaber an der RWTH Aachen.

Landtag sucht das „Pressefoto 2018“

Der Landtag zeichnet in diesem Jahr erstmals das „NRW-Pressfoto des Jahres“ aus. Der Präsident des Landtags, André Kuper, gab am 30. Mai 2018 den Startschuss für den Wettbewerb. Mit ihren Bildern bewerben können sich alle Fotografinnen und Fotografen mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen, die überwiegend journalistisch tätig sind. Der Wettbewerb soll der Öffentlichkeit die Arbeit von Fotojournalistinnen und -journalisten nahebringen und zugleich einen Rückblick auf das Nachrichtenjahr in Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Der Präsident sagte: „Die Medien leisten einen für unsere Demokratie unverzichtbaren Dienst. Journalistinnen und Journalisten informieren die Öffentlichkeit über Ereignisse von allgemeiner Bedeutung und tragen damit zum Prozess der öffentlichen Meinungsbildung bei. Dabei gilt: Ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte. Fotojournalistinnen und -journalisten beherrschen die Kunst, eine Nachricht in einer Momentaufnahme zu transportieren. Sie informieren uns – und sie berühren uns mit den von ihnen erzählten Geschichten. Diese für uns alle wertvolle Arbeit möchten wir mit unserem Wettbewerb würdigen.“

Kurz notiert

Bundesministerin zu Gast

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hat am 1. Juni 2018 die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek (CDU) zu einem Austausch über die Digitalisierung der beruflichen Bildung im Landesparlament empfangen. Die Bundesministerin trug sich in das Gästebuch des Landtags ein. Der Präsident sagte: „Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt revolutionieren. Dies bringt viele Chancen, aber auch Herausforderungen mit sich, gerade auch für berufliche Bildung. Umso wichtiger ist es, junge Menschen bereits in der Ausbildung fit für das Handwerk und die Industrie 4.0 zu machen.“

Friedensnobelpreisträger

Der Friedensnobelpreisträger Kailash Satyarthi war am 8. Juni 2018 zu Gast im Landtag. Die Vizepräsidentin des Landtags, Angela Freimuth, begrüßte den indischen Kinderrechts- und Bildungsaktivisten, dem gemeinsam mit der pakistanischen Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai 2014 der Friedensnobelpreis zuerkannt worden war. Die Vizepräsidentin betonte, es sei beeindruckend, wie Satyarthi mit seinem Engagement Kindern ein besseres Leben ermögliche. Im Anschluss an den Empfang tauschte sich der Friedensnobelpreisträger mit Abgeordneten des Landtags und mit Oberstufenschülerinnen und -schülern des Gymnasiums in Düsseldorf-Gerresheim über das Thema Kinderrechte aus.

Schülerzeitungen

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 14. Juni 2018 Jugendliche von drei Schulen aus NRW empfangen, die erfolgreich am Wettbewerb der Jugendpresse Deutschland und der Bundesländer teilgenommen hatten. Zu Gast waren Nachwuchsredakteurinnen und -redakteure der „Alfterer Superzeitung“ (Vogelbergsschule Alfter, 1. Platz Förderschulen), „Akomag“ (Aloisiuskolleg Bonn, Sonderpreis des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) sowie „Standpunkt“ (Gesamtschule Hardt, Mönchengladbach, Sonderpreis der Europäischen Kommission in Deutschland). Der Präsident nannte die Schülerinnen und Schüler wichtige Multiplikatoren und „Botschafter der Demokratie“. Ihr Einsatz sei lebenswert.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 17. Juli 2018.

Gedenken an Solingen

Der Landtag hat am 13. Juni 2018 der Opfer des verheerenden Brandanschlags von Solingen vor 25 Jahren gedacht. In einer Rede nannte der Präsident des Landtags, André Kuper, den Anschlag auf das Haus der Familie Genç einen „Terroranschlag“. An Mevlüde Genç und weitere Mitglieder der Familie, die die Sitzung von der Besuchertribüne aus verfolgten, gewandt, sagte er: „Wir alle hier sind auch nach all den Jahren noch beschämt und erschüttert über das Geschehene. Aber wir sind auch dankbar und angerührt von der Weise, wie Sie uns trotz alledem durch Ihre Haltung auf einen Weg des Friedens und der Verständigung verpflichten und mitnehmen.“ In der Nacht des 29. Mai 1993 hatten vier junge Rechtsextreme Brandsätze in das Haus der Familie geworfen. Mevlüde Genç verlor zwei Töchter, zwei Enkelkinder und eine Nichte. 17 Familienmitglieder wurden zum Teil schwer verletzt. Mehr zu der Gedenkveranstaltung lesen Sie unter www.landtag.nrw.de.

Fotos: Schälte



Landtagspräsident André Kuper (2.v.r.) mit (v.r.) Durmuş Genç, seiner Frau Mevlüde Genç, der Enkelin Özlem und der Tochter Türkan. Das große Bild zeigt den Kranz des Landtags am Mahmal in Solingen.

